

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 2 / 2021

INFERNO ISRAEL – PALÄSTINA: DER VIERTE GAZA-KRIEG?

Seit den anstehenden Delogierungen arabischer Familien in Ostjerusalem, dem Protest dagegen, der Provokationen israelischer Bürger und der Sicherheitskräfte während des Ramadan, ist der Nahostkonflikt wieder auf explosive Weise ausgebrochen.

Der Politikjournalist **Lutz Herden***), spricht die Täuschung an, zu glauben, dass man einen solchen Konflikt „eingefroren“ halten kann: *Davon beim Palästina-Konflikt auszugehen, hat sich immer schon als illusionär und auf fatale Weise verfehlt erwiesen. Dass in diesen Stunden wahrscheinlich der vierte Gaza-Krieg seit 2008 ausgebrochen ist, lässt daran nicht den geringsten Zweifel. Und doch war in den letzten Jahren die Absicht etwa der USA oder der EU erkennbar, den Konflikt um die Souveränität und ein staatliches Existenzrecht der Palästinenser ebenfalls „einzufrieren“. Durch Passivität, stillschweigende Akzeptanz, aber auch offene Parteinahme wurde eine israelische Besatzungspolitik hingenommen, die darauf bedacht war, vollendete Tatsachen zu schaffen, die unumkehrbar sein sollten. Den Palästinensern ging zusehends mehr von dem verloren, was für den eigenen Staat unverzichtbar war. Im November 2017 erklärte US-Präsident Trump die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland für völkerrechtskonform. Nur wenige Tage später hieß es aus Washington, dass man Jerusalem in Gänze als Hauptstadt Israels anerkenne. Entsprechend wurde damit begonnen, die US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen. Präsident Biden hat daran bisher nichts korrigiert, allein die Rücksicht auf die Pro-Israel-Communities bei Republikanern wie Demokraten dürfte ihn daran hindern.*

Die Palästinenser müssen seit dem Scheitern des Oslo-Prozesses (1993/94) erfahren, zwar das Völkerrecht auf ihrer Seite, international aber keine Lobby zu haben, die sie vor der Perspektive eines halbkolonisierten, von einer Besatzungsmacht in Schach gehaltenen, zweitklassigen Volkes bewahrt. Seit 2019 hat das u.a. zur Konsequenz, ohnmächtig darauf warten zu müssen, dass nun auch Teile der Westbank annektiert werden, was bisher lediglich aus zwei Gründen unterblieb: der Abwahl Donald Trumps und der Instabilität israelischer Regierungen, die aus keiner von vier Wahlen innerhalb von zwei Jahren ein klares Mandat für sich verbuchen konnten. Und deren einzige Konstante darin besteht, dass sich Premier Netanjahu mit soviel Macht halten kann, dass er nun nach den Interventionen von 2008/09, 2012 und 2014 zum nächsten Gaza-Feldzug antritt, der was sein wird? Ein Blutbad auf beiden Seiten? Ein Massensterben tausender Palästinenser, darunter viele Kinder, wie bei der Operation „Starker Fels“ vor sieben Jahren?

Wie weit die Entrechtung der Palästinenser im Westjordanland mittlerweile fortgeschritten ist, war eindrucksvoll zu erfahren, als in den letzten Tagen sechs palästinensische Familien aus dem Viertel Scheich Dscharrah in Ostjerusalem aus ihren Wohnungen ausgewiesen werden sollten. Sie wurden

IN DIESER AUSGABE

EU-Sicherheitspolitik

>>>Seite 4

DEFENDER EUROPE 2021

>>>Seite 6

Iran-Abkommen

>>>Seite 10

NAHOST

von Israelis beansprucht. Ein Anlass für die jetzige Eskalation wie auch die temporäre Abriegelung der Al-Aqsa-Moschee ausgerechnet während des Ramadan.

Mittlerweile sind tausende Raketen aus dem Gazastreifen und aus dem Libanon auf israelisches Staatsgebiet abgefeuert worden. Im Gegenzug gibt es Dauerbombardements mit Kampfflugzeugen, Drohnen und Artillerie gegen sogenannte militärische, aber meist zivile Ziele im Gazastreifen. Das Gebiet von der Größe Wiens ist dicht verbaut. Zum Unterschied von Israel gibt es hier keine Luftschutzbunker. Ganze Wohnblocks werden dem Erdboden gleichgemacht. Hunderte Menschen sind in Gaza schon gestorben.

Premier Netanjahu erklärte, dass die Angriffe der Armee solange fortgesetzt werden, bis die militärische Struktur der Hamas, das unterirdische Tunnelsystem und die Raketenabschussbasen zerstört sind. Zweifelsohne geschehen in diesen Tagen Kriegsverbrechen auf beiden Seiten. Österreichs Außenminister Schallenberg rechtfertigte das Hissen der israelischen Fahne auf seinem Ministerium damit, dass es bei Terrorismus gegen Israel keine Neutralität geben kann. Wie hält er es im Falle des Staatsterrorismus Israels als Besatzungsmacht jetzt im Gaza-Krieg, gegen nichtjüdische Menschen im Westjordanland und gegen nichtjüdische Staatsbürger Israels? Zu nennen sind hier etwa die unfaire Lage an den Check-Points, die Trennmauern zwischen den Bevölkerungsgruppen, die Ausweitung illegaler Siedlungen auf palästinensischem Gebiet, der Einsatz von Wasserwerfern, Tränengas, Gummigeschoßen etc. gegen Steine werfende, protestierende Menschen. Nicht zu vergessen die Blendgranaten gegen Betende in der Moschee, die Bomben gegen das internationale Pressehaus in Gaza oder gegen das Ärzte ohne Grenzen-Spital. Kein Wunder, dass jetzt auch im übrigen Israel hassgefüllte gegenseitige Aggressionen der Bevölkerungsguppen passieren, regelrechte Schlägertrupps wüten und Lynchversuche gemeldet werden. Zuviel hat sich lange Zeit aufgestaut. Was die Bemühungen

um Verhandlungen und Frieden betrifft, so sind diese zaghafte und abwartend, leider auch von österreichischen Politikern. In der Nacht zum 21. Mai 2021 trat endlich eine Waffenruhe in Kraft.

Den Palästinensern kann das Recht auf Selbstverteidigung so wenig bestritten werden wie den Israelis, erst recht nicht unter den Bedingungen einer Okkupation. Das die Hamas daraus ein Recht auf einen asymmetrischen Krieg ableitet, den sie vor allem gegen israelische Zivilisten führt, wird verheerende Folgen haben, für die eigenen Leute im Gazastreifen ganz besonders.

FAKTENwissen

IRON DOME

Die israelische Raketenabwehr IRON DOME (Eisenkuppel) wurde von eigenen Rüstungsfirmen gegen Raketen kurzer Reichweite entwickelt und 2010 in Dienst gestellt. Es soll Raketen während des Anflugs ausschalten. Derzeit sind 10 Einheiten mit je 3-4 Startboxen im Einsatz. Eine Einheit besteht aus einem Radar-LKW zur Flugbahnberechnung, einem mobilen Kontrollzentrum zur Zielaufklärung und mobilen Startboxen mit je 20 Abwehrraketen. Diese haben eine Reichweite von 4-17 km und decken ein Gebiet von 150 km² ab. Sechs anfliegende Flugkörper können gleichzeitig bekämpft werden. Die Abwehr wird nur dann aktiviert, wenn wichtige Ziele oder Menschen gefährdet sind. Der Aussage des israelischen Militärs, dass 90 % der anfliegenden Raketen abgefangen werden, wird in militärischen Fachkreisen kein Glaube geschenkt. Eine Einheit kostet umgerechnet 40-70 Mio. USD, der Einsatz einer einzelnen Rakete 50.000 USD. Die USA förderten die Entwicklung und Stationierung mit Millionenbeträgen. Iron Dome ist eines von 3 israelischen RakAbw. Systemen gegen Geschosse verschiedener Reichweiten.

***) Teile des Beitrages (kursiv) wurden dem Artikel „Gaza-Krieg Nr. 4“ vom 11.5.2021, Ausgabe 19/2021 der Wochenzeitung „der Freitag“ entnommen. Der Autor Lutz Herden ist Redakteur aus dem Ressort Politik. Aktuelle Ergänzungen: Manfred Sauer**

Liebe Leserinnen und Leser!

Im **Nahostkonflikt** konnte auf Druck von US-Präsident Biden überraschend schnell eine Waffenruhe ausgehandelt werden, die auch zu halten scheint. In Österreich haben sich die Regierungsparteien und Teile der Opposition auf eine ekelhafte Hörigkeit zu Israel eingelassen. Während die regierungs- und parlamentarische Beteiligung an israelischen Kundgebungen hierzulande kein Problem ist, werden Mahnwachen, Gedenken und Demonstrationen für palästinensische Opfer oder gegen die israelischen Kriegsverbrechen behördlich verboten. Jede Kritik an der Besatzungsmacht Israel wird ins antisemitische Eck gestellt.

Zehn Jahre Aktion Aufschrei. Am 6.5.2021 feierte das deutsche Aktionsbündnis „Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ sein zehnjähriges Kampagne Jubiläum. Trägerorganisationen sind u.a. Pax Christi, Ohne Rüstung leben oder die Deutsche Friedensge-

sellschaft. Vieles ist in dieser Zeit gelungen: 95.000 Unterschriften gegen Waffenexporte, 4 Parlamentsparteien sind für ein Rü-Exportkontrollgesetz, Strafanzeigen gegen Rüstungsfirmen, Kleinwaffenexport geht zurück, 83 % der Bevölkerung gegen Rü-Exporte und vieles mehr.

betrifft frieden gratuliert!

Der ÖFR (betrifft frieden) sagt Danke für die erhaltenen Einzahlungen. In nächster Zeit werden entsprechende Erinnerungen ausgeschickt. Sie helfen uns beim Sparen der Portokosten, wenn Sie schon jetzt ABO- oder MB überweisen. Danke! Dieses Jahr sind erstmals 5 Ausgaben zu 12 Seiten geplant.

ÖFR IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900 ABO 16,-- (erm. 10.--), MB 24,-- (15.--)
pax.vienna@chello.at

Manfred Sauer, Redaktion

Am Höhepunkt des aktuellen Gaza-Krieges wurden Mitte Mai für einige Tage auf Anweisung von Bundeskanzler S. Kurz und Außenminister A. Schallenberg (beide ÖVP) die jeweiligen Regierungsgebäude mit der israelischen Fahne beflaggt. Die Präsidentschaftskanzlei lehnte eine Teilnahme an der Aktion ab. Kanzler Kurz bekräftigte, dass das offizielle Österreich jetzt an der Seite Israels zu stehen hat.

Diese politisch fragwürdige Aktion sorgte für zahlreiche Proteste, sieht sich Österreich doch als Brückenbauer und als neutraler Staat. Der Politikwissenschaftler Prof. Heinz Gärtner hält in einem Interview (Standard 17.5.2021) das Hissen der Fahne in einer Kriegssituation für völlig unangebracht. Man würdigt zwar zu Recht die israelischen Opfer, entwürdigt aber die palästinensischen Opfer, so Gärtner.

Alt-Bundespräsident Dr. Heinz Fischer in der Wiener Zeitung (18.5.2021):

„Das Strafrecht kennt den Tatbestand der Notwehrüberschreitung, und wenn sich herausstellt, dass die Zahl der getöteten palästinensischen Kinder und Mütter mehr als zehn mal so groß ist wie auf der israelischen Seite, kann man das nicht kommentarlos oder gar billigend zur Kenntnis nehmen und sogar die israelische Flagge auf dem österreichischen Bundeskanzleramt hissen. Besser als das Hissen der israelischen Flagge wäre es gewesen, in Europa Verbündete für eine starke europäische Friedensinitiative zu suchen und an politischen, ökonomischen und moralischen Grundlagen für Frieden zu arbeiten.“



Israelische Staatsfahne weht auf österreichischen Regierungsgebäuden
Foto links: Bundeskanzleramt, Foto rechts: Außenministerium.

Alle Fotos: Archiv betrifft frieden

„AMERICA FIRST“ STICHT „EU-FIRST“

THOMAS ROITHNER

Rund um das laufende Militärmanöver *Defender 21* stellt US-Präsident Joe Biden sicherheits- und militärpolitische Eckpfeiler der Europäischen Union auf den Kopf.

Richtig verärgert waren zahlreiche Staaten, als George W. Bush 2003 den Krieg gegen den Irak lostrat. Völkerrechtswidrig noch dazu. Es müsse Schluss sein mit der bedingungslosen transatlantischen Loyalität. Als Bushs Verteidigungsminister Donald Rumsfeld Europa dann noch in ein „altes“ kriegskritisches und „neues“ kriegsbefürwortendes Europa teilte, fiel das Manifest zur Wiedergeburt Europas von Jürgen Habermas und Jacques Derrida auf fruchtbaren Boden.

Eine zentrale Schlussfolgerung: die EU braucht Muskeln und darf dabei so wenig wie möglich auf andere angewiesen sein. Das Gemeinsame in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik reichte nicht, um das Wofür auch schlüssig zu erklären. Auf George W. Bush folgte Barack Obama. Der Demokrat Obama bewirkte ruckzuck ein „Kehrt Marsch“ und die EU-Staaten waren bei ihrem Rüstungsgipfel im Jahr 2013 wieder transatlantisch gepolt.

Trump befördert EU-Militärautonomie

Auf Barack Obama folgte Donald Trump. Einer der Gründe, warum die EU-Staaten auf eine sicherheitspolitische und auch rüstungsindustrielle Autonomie setzten, war der unberechenbare Rüpel im Weißen Haus. Das EU-Autonomiebestreben war auch als Reduktion der Abhängigkeit von den USA zu lesen.

Die Folge: autonomes militärisches Kerneuropa, eigenes militärisches EU-Hauptquartier, EU-Rüstungsfonds, Stärkung der autonom funktionierenden EU-„Battle Groups“. Auch ein deutsch-französisches neues EU-Kampfflugzeugsystem und ein Kampfpanzersystem muss entstehen. Milliardenbeträge wurden trotz Corona für den EU-Finanzrahmen von 2021 – 2027 für Militär und Rüstung losgeeist.

Die USA unter Trump waren überhaupt nicht begeistert: Die EU-Staaten sollten in den USA einkaufen anstatt eigene Rüstungskonzerne zu füttern. Doch schon nach 100 Tagen US-Präsidentschaft des De-

mokraten Joe Biden sollen Teile der EU-Autonomie im Handumdrehen politisch Flöten gehen. Barack Obama lässt grüßen.

Militärische Mobilität der EU

Die EU wird durch außen- und sicherheitspolitische Uneinigkeit geprägt. Damit militärisch potente und politisch willige EU-Staaten den Ton vorgeben können, werden Bedenken regelkonform abgekoppelt. Bislang wurden im Rahmen dieser militärischen kerneuropäischen permanenten strukturierten Zusammenarbeit (PESCO) 47 im Wesentlichen militärische und rüstungsindustrielle Projekte vorgeschlagen und befinden sich in der Umsetzung (darunter die Eurodrohne, EU-Kampfhubschrauber, Euro-Artillerie, ein Land Battlefield Missile System, ein Unterwasserinterventionspackage).

PESCO plant mit einer „regelmäßigen realen Aufstockung der Verteidigungshaushalte“. Autonomes Handels und Intervenieren sind deutsch-französische Leitgedanken. Ein PESCO-Projekt arbeitet an der Umsetzung der militärischen Mobilität. Österreich ist an diesem kerneuropäischen Projekt beteiligt.

Die military mobility der EU wird im aktuellen EU-Finanzrahmen mit 1,5 Milliarden Euro ausgestattet. Neben den vier Freiheiten der EU – Kapital, Dienstleistung, Waren und Personen – soll auch eine fünfte Freiheit Platz greifen: Das militärische Schengen soll helfen, dass Truppen, Militärgüter und Rüstung möglichst ohne Schranken und rasch durch die EU transportiert werden können. Dazu gilt es Straßen, Bahnlinien, Häfen, Flugplätze oder Brücken „panzerfit“ zu machen.

Militärische Mobilität im Rahmen des militärischen Kerneuropas (PESCO) sollte nach Ansicht des Rates der EU die strategische Autonomie der EU stärken. Nicht-EU-Staaten sollten „in Ausnahmefällen“ eingeladen werden.

Defender 21

21 der 27 EU-Staaten sind Mitglieder der NATO. USA und NATO-Staaten setzen im laufenden Militärmanöver Defender 21 aktuell 28.000 Militärpersonen und Waffen quer durch Europa in Richtung westlicher Balkan und Schwarzes Meer in Marsch. 2.000 Militärpersonen und 800 Fahrzeuge durchqueren auch das neutrale Österreich. Der Nutzen einer panzerfitten Infrastruktur ist für die Armee dabei evident.

Stärkt USA EU-Militärmobilität?

Barack Obama hat nach George W. Bush für die USA in der EU die Kohlen aus dem Feuer geholt und Bündnistreue eingemahnt. Nach Donald Trump stellt nun Joe Biden den Grundgedanken der militärischen EU-Autonomie ein Stückweit auf den Kopf. Just zu Beginn eines der größten US-Militärmanöver werden die USA, Kanada und Norwegen eingeladen, sich am EU-PESCO-Projekt der militärischen Mobilität zu beteiligen. Autonomie à la „Europe first“ schaut anders aus.

Die military mobility soll „die rasche und nahtlose Verlegung von militärischem Personal und militärischer Ausrüstung in der gesamten EU auf dem Landweg (Schiene, Straße), dem Luft- oder Seeweg“ ermöglichen. „Dieser Bereich“, so der Rat, „stellt in unseren transatlantischen Beziehungen eine Priorität von gemeinsamem Interesse dar.“ Dem Rat der EU geht es dabei um „Abwehrbereitschaft“ und um Militäreinsätze.

Zwei Wege für ein fragwürdiges Ziel

Military mobility wurde bislang – der Weg eins – unter dem Schirm der EU bewerkstelligt und finanziert. Weg zwei ist, die USA mit an Bord zu holen. EU-Autonomie hin oder her. Sicherheits- und vertrauensbildende Maßnahmen für das Gegenüber sind in beiden Varianten nicht gesondert vorgesehen.

Die 27 EU-Mitglieder bilden im Verhältnis zu Russland keinen einheitlichen Akteur ab. Für die USA waren bislang Begriffe wie „Großmachtrivalität“ prägend. Das transatlantische Verhältnis wird unter Joe

Biden unter dem Vorbehalt von „America first“ im Ton freundlicher, gegenüber Russland und China hingegen nicht weniger rau.

Knatsch in der Waffenkammer

Unabhängig, ob die westlichen Machtdemonstration via Defender 21 in Richtung Osten in transatlantischer Einigkeit vollzogen wird, so ist die geöffnete Türe der EU für die USA im Hinblick auf die militärische Mobilität ein langfristiges Vorhaben. Wenig Zeit ist verstrichen, seit die USA noch Besorgnis und Kritik an kerneuropäischen Rüstungsprogrammen geäußert haben. Die US-Rüstungskonzerne befürchteten unter Donald Trump, bei EU-finanzierten Rüstungsprojekten benachteiligt zu werden. Die Kritik der US-Waffenschmieden wird sich unter Joe Biden wohl nicht ändern.

Werden Rüstungs- oder Infrastrukturkonzerne dies- oder jenseits des Atlantiks die lukrativen Aufträge für die military mobility bekommen und wer bezahlt? Auch weitere politische Minenfelder sind nicht geräumt: Wird das künftige EU-Kampfflugzeugsystem FCAS Atomwaffen der USA tragen und wie weit lassen französische und deutsche Rüstungskonzerne die USA in ihre Pläne schauen?

Autonomie in der Sicherheitspolitik misst nicht nur den Längenvergleich des Kanonenrohrs, sondern bedeutet auch politische Entscheidungsautonomie. Doch was tun mit den US-Panzern im EU-Militärmobilitätsprojekt, wenn sich das Verhältnis zwischen Washington und Moskau verschlechtert? Was tun, wenn es Meinungsverschiedenheiten zum Übungsaufmarsch zwischen EU-Staaten und den USA gibt? Knatsch erscheint vorprogrammiert. Ein gefährlicher Blankoscheck, den die EU ausgestellt hat und der noch dazu ihre eigenen Ansprüche nach Autonomie kontrahiert. Jedenfalls keine guten Nachrichten für eine Friedenspolitik mit friedlichen Mitteln.

Dieser Beitrag erschien am 7.5.2021 im Online-Magazin „Unsere Zeitung“.

Thomas Roithner: Friedensforscher, Privatdozent für Politikwissenschaften an der Universität Wien und Mitarbeiter im Internationalen Versöhnungsbund.
www.thomasroithner.at

AUF DAS NICHTNATOMITGLIED ÖSTERREICH IST VERLASS ...

IST DEFENDER 21 WIRKLICH DEFENSIV?

Truppen und Waffen von USA und NATO rollen durch das neutrale Österreich

THOMAS ROITHNER UND MANFRED SAUER

Convid-19-bedingt wurde das große NATO-Manöver DEFENDER 2020 im ersten Halbjahr 2020 nur mehr stark abgespeckt durchgeführt (siehe **betrifft frieden 1/2020**). Auch damals sollten rund 37.000 Militärs samt Waffen und Gerät aus 18 Staaten – teils mittels Luft- und Seetransport aus den USA – zu Übungszwecken in Richtung russischer Grenze vorstoßen. Dieses Jahr findet, trotz anhaltender Corona-Pandemie, wieder eine (etwas verkleinerte) Übung statt. Österreich nimmt daran zwar nicht teil, übernimmt aber trotzdem eine neutralitätspolitisch höchst zweifelhafte Rolle.

Teile des Aufmarsches erfolgen durch Österreich

DEFENDER EUROPE 2021 wird vom US Army Europe Command (USAREUR) ausgerichtet. Zwischen dem 24. April und dem 28. Mai 2021 werden Truppen aus 26 Nationen verschiedene Übungen in der Schwarzmeerregion und auf dem Balkan durchführen. Dabei sind 28.000 Militärs beteiligt. In der Zeit

vom 7. Mai bis 21. Juni sollen zahlreiche Durchfahrten von Truppen, Waffen und Gerät auf Straßen und Schienen des österreichischen Staatsgebietes in Richtung Ungarn bzw. Slowenien erfolgen. 2.000 Soldaten und 800 Fahrzeuge werden aus Deutschland kommend hin und wieder retour geführt. Dabei sind an bestimmten Tagen mehrere kurze Kolonnen – max. 10 Fahrzeuge – mit entsprechenden Halts zum Auftanken, für Versorgung und Ruhezeiten unterwegs. Die vermutlich betroffenen Kasernen liegen in Salzburg (Schwarzenberg-Kaserne), Hörsching (Fliegerhorst Vogler), Zwölfaxing (Burstyn-Kaserne) und Villach (Rohr oder Hensel-Kaserne), wie in militärischen Fachschriften berichtet wird. Als Übertrittspunkte werden Suben, Nickelsdorf und Karawankentunnel genannt. Die Koordination und Begleitung erfolgt durch die Ministerien für Inneres und Landesverteidigung.

Übungsziele

DEFENDER 21 trainiert die Einsatzbereitschaft von Truppen und Rüstung sowie das Zusammenwirken

Thomas Roithner

Verglühtes Europa?

Alternativen zur Militär- und Rüstungsunion
Vorschläge aktiver Friedenspolitik

Thomas Roithner: Verglühtes Europa? Alternativen zur Militär- und Rüstungsunion. Vorschläge aktiver Friedenspolitik, myMorawa, 364 Seiten, Wien 2019.
ISBN 978-3-99093-337-4

Thomas Roithner: Flinte, Faust und Friedensmacht. Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der EU, myMorawa, 192 Seiten, Wien 2020.
ISBN 978-3-99093-337-4



einer größeren Anzahl von NATO-Partnern in einem breiten Spektrum von Aufgaben.

Man demonstriert die Fähigkeit, so die US Army, „als strategischer Sicherheitspartner auf dem westlichen Balkan und im Schwarzen Meer zu dienen“ und „die Fähigkeiten in Nordeuropa, im Kaukasus, der Ukraine und Afrika aufrechtzuerhalten“. Die regionale Botschaft hat Moskau gut verstanden. Dass auch maritime Routen, die Europa, Asien und Afrika verbinden, ein Übungsfeld für DEFENDER 2021 darstellen, mag auch Peking mit seinem Projekt Seidenstraße zu Land und der maritimen Seidenstraße zu deuten wissen.

Spannungen und Vertrauen

Strittige Gesprächsthemen zwischen Russland auf der einen und den USA und den NATO-Staaten auf der anderen Seite sind zahlreich. Krim, Sanktionen, Truppen in Osteuropa, Raketen(abwehr)programme, Ostukraine, NATO-Erweiterung, Syrien-Krieg, Desinformationskampagne oder Bidens „Killer“-Sager sind nur ein kleiner Auszug. Aus der Blockkonfrontation von seinerzeit wurde im Zuge von Kosovo-, Irak-, Libyen- und Ukrainekrieg die Rivalität von heute. Natürlich nicht eins-zu-eins, aber das Misstrauen ist langandauernd und tiefsitzend.

Größere Truppenbewegungen à la DEFENDER 21 wirken dabei nicht dialogfördernd. Zentrale Grundlagen der heute existierenden vertrauens- und sicher-

heitsbildenden Maßnahmen in Europa sind in den „Wiener Dokumenten“ festgeschrieben, die in Prozessen der Konferenz bzw. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, OSZE) entstanden sind. Österreich sollte nicht zuletzt aus Gründen des OSZE-Sitzes in Wien eine vermittelnde Funktion einnehmen und einen konfliktursachenorientierten Dialog ins Zentrum rücken.

Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik

Gemäß einem militärdiplomatischen Ansuchen wurde die Truppeneinführung vom Verteidigungsministerium im Einvernehmen mit dem Außenministerium genehmigt. Grundlage ist das Truppenaufenthaltsgesetz aus dem Jahre 2001. Ebenso beantragt auch das Bundesheer Durchführungen in anderen NATO/EU-Staaten für seine Übungsteilnahmen.

Österreich hat die Durchreise von Gerät und Personal bewilligt. Der immerwährende Neutrale ist verpflichtet, sich an keinem Krieg im völkerrechtlichen Sinn zu beteiligen. Österreich gestattet im gegenseitigen Fall eine Durchreise, aber keine dauerhafte oder längere Präsenz von Truppen auf seinem Territorium.

Gleichzeitig hat der dauernd Neutrale zu gewährleisten, dass er bereits in Friedenszeiten so handelt, um im Neutralitätsfall Gestaltungsspielraum für autonomes Handeln aufzuweisen. Eine Frage der politischen Klugheit. Die immerwährende Neutralität ist



Symbolbild militärischer Bahntransport

Foto: Bundesheer Alfred Miesenböck



Symbolbild Manöver Panzerhaubitze M109A5Ö

Foto: Bundesheer

nach dem Völkerrechtler Manfred Rotter „als Status der generellen Kriegsverweigerung“ zu betrachten. Das Verhältnis zwischen Russland und der NATO dokumentiert die Notwendigkeit von Dialog und multilateraler Zusammenarbeit. Die Positionierung von Wien als Begegnungsplatz und Gastgeber von Verhandlungen (z.B. Iran-Gespräche, NewSTART) hat sich bewährt und korrespondiert mit der Glaubwürdigkeit außenpolitischer Positionierungen.

Der Wandel der Neutralität ist auch im Kontext der militärischen Entwicklung der EU zu betrachten. Zu Beginn der Nullerjahre wurden in Österreich Neutralitätsvorbehalte aus dem Truppenaufenthaltsgesetz und dem Kriegsmaterialgesetz gestrichen. Der Politikwissenschaftler Helmut Kramer kritisiert, Österreich „hat sich hier völlig an den EU-Mainstream angepasst“.

Wien hat sich ohne grundlegende Bedenken am militärischen Kerneuropa, am EU-Rüstungsfonds, am militärischen EU-Hauptquartier, den EU-“Battle Groups“, der militärischen Mobilität der EU, der politischen Stoßrichtung der EU-Rüstungsexportpolitik oder der militärischen Auslandseinsatzpolitik beteiligt. Bei militärischen und rüstungsindustriellen Standards und Entwicklungen sind EU und NATO – bis auf Ausnahmen – kommunizierende Gefäße. Nicht-NATO-Staaten wie Österreich sind über das Instrument der NATO-PfP (Partnership for Peace) eingebunden.

Seit den frühen 1990iger Jahren wurde die Neutralität im Kontext der EU Schritt für Schritt in ihrer politischen Bedeutung geschwächt, ohne ihren rechtlichen Kern zu verändern. Schon in den späten 1990igern stellte ein österreichischer Friedensforscher mit Blick auf die EU fest: Österreich ist längst in der NATO, aber niemand hat's bemerkt.

Militärischer Nutzen oder friedenspolitische Alternativen?

Österreichs Teilnahme am PESCO-Projekt „Military Mobility“ (zum Thema siehe **betrifft frieden 4/2020**) und den Durchfuhren erklärt die Position des BM für Landesverteidigung: „Der Ausbildungs- und Erfahrungsgewinn ist vor allem für den Einsatz und für die Zusammenarbeit im multinationalen Verbund im Rahmen von Auslandseinsätzen von hohem Wert“.

Dies erfolgt in den Bereichen der logistischen Aus-, Fort- und Weiterbildung und im „On the Job Training“ des österreichischen „National Movement and Coordination Center“.

DEFENDER 21 bietet nicht nur die Chance, über friedenspolitische Alternativen, Formen und Akteure des Dialogs, institutionalisierte Vertrauensbildung und zivile Krisenprävention zu sprechen, sondern auch über den ökologischen Fußabdruck des Militärs.

Unter dem Titel „Ist Defender 21 wirklich defensiv?“ erschien im Online-Medium „Unsere Zeitung“ vom 6. Mai 2021 ein Beitrag von Thomas Roithner. Passagen daraus sind in Kursivschrift zitiert ergänzt mit grundsätzliche Fakten zu diesem Manöver.

Thomas Roithner ist Friedensforscher, Privatdozent an der Universität Wien und Mitarbeiter des Internationalen Versöhnungsbundes.

Web: www.thomasroithner.at

Manfred Sauer ist Chefredakteur von betrifft frieden.

MELDUNGEN

Türkei – PESCO

Aus diplomatischen Kreisen verlautet, dass die Türkei ins PESCO-Projekt militärische Mobilität einsteigen möchte. Ein diesbezüglicher Antrag ist bei der Lead Nation Niederlande eingelangt. Dies wäre nach USA, Kanada und Norwegen das vierte Nicht-EU-Land bei PESCO. Die EU verspricht sich ein weiteres Zusammenwachsen von NATO und EU sowie eine Entspannung im türkischen Streit mit Griechenland wegen Cypern.

Österreicher im EU-Kommando

Der Österreicher Reinhard Trischak (Gen.Major) ist stellvertretender Befehlshaber im Multinationalen Kommando Operative Führung in Ulm, eines von fünf ständig in Bereitschaft befindlichen militärstrategischen Hauptquartiere der EU. Trischak befehligte Streitkräfte der EU im Rahmen der Operation EURFOR ALTHEA in Bosnien-Herzegowina und hatte leitende Funktionen beim Militärstab der EU in Brüssel inne. (Quelle Militär Aktuell 14.5.2021)

Kampagnesprecherin K pker freigesprochen

Die Kampagne-Sprecherin der B chelprotest-Bewegung Marion K pker ist am 3.5.2021 von der Anklage „Widerstand gegen Vollzugsbeamte“ freigesprochen worden. Die Anklage bezog sich auf den 28.6.2019 und wurde am Amtsgericht Cochem (DEUT) verhandelt. Zahlreiche Personen, die sich an der Protesten gegen die Atomwaffen in Büchel beteiligen, werden wegen Widerstands, Sachbeschädigung oder Hausfriedensbruch angeklagt. In den meisten Verfahren finden die Argumente der Beschuldigten, betreffend einer grundrechtswidrigen Lagerung oder des AWEinsatzes von deutschem Boden aus (Nukleare Teilhabe) keine richterliche Würdigung. Marion K pker ist auch im Internationalen Versöhnungsbund aktiv.

Diskussion über Bewaffnung bei Inlandseinsatz

In einem Zeitungskommentar merkte der Autor an, dass das Bundesheer bei Covid-Kontrolle an Inlandsgrenzen mit Sturmgewehren auftritt und zeigte zurecht sein Unbehagen darüber. Bundesheer-Sprecher Michael Bauer antwortete, dass ein Soldat eben jene Waffe trägt, an der er ausgebildet wurde, also meist das Sturmgewehr und sich auch damit im Bedrohungsfall verteidigt. Weiter gedacht müssten dann Coronabescheidkontrollen oder der Schutz vor Maskenverweigerern auch mittels Kampfpanzer, Panzerabwehrrakete oder Artilleriegesch tz erfolgen, eben an den Waffen, mit denen ausgebildet wird. Nochmals zur Erinnerung: Es ging um Kontrollen an Inlands-(Bezirks)grenzen....

Atomwaffenaufr stung nach Brexit

Großbritannien gab im März 2021 bekannt, dass es eine massive Ausweitung des Atomwaffenarsenals plant. Die 180 Sprengköpfe sollen auf 260 aufgestockt werden. Das Programm gehört zu einer Neuausrichtung der Sicherheits- und Rüstungspolitik des Landes nach dem Austritt aus der EU. Mit diesem Aufr stungsschritt befeuert Großbritannien nicht nur das nukleare Wettrüsten sondern begeht auch einen

eklatanten Bruch des Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrages. Dieser sieht eine vollständige Abr stung der Atomwaffen in den offiziellen Atomwaffenstaaten vor.

Ausbau heimischer Beteiligung an EU und NATO

Der Generalstabschef des  sterreichischen Bundesheers Robert Brieger wird im Mai 2022 für drei Jahre Vorsitzender aller Generalstabschefs der EU. Brieger hat neben Auslandseinsätzen auch Kurse an der Führungsakademie der Bundeswehr, an der NATO-Schule Oberammergau und am NATO Defense College im Rom absolviert. Gen.Ltn. Wolfgang Wolsolobe (2018 †) war 2007 Leiter der Militärvertretung in Brüssel und als erster heimischer Offizier in einer EU-Spitzenposition von 2013-2016 Generaldirektor des Militrstabes der EU.

Unter der Leitung Ungarns werden Spezialeinsatzkrfte aus Ungarn, Österreich, Kroatien, Slowenien und der Slowakei in einem NATO-Kommando zusammengefasst. Die Ausbildung wird von Deutschland, Polen und USA unterstützt. Weitere Ländergruppen sind in Aufstellung. 2025 soll das Jagdkommando mit diesem Spezialkommando in der NATO Response Force einsatzbereit sein. Übungen in Ungarn mit Booten des US Naval Special Warfare Command fanden schon statt. Das Kommando ist auch beim Manöver „Defender 21“ involviert.

Wird die Ukraine ein Atomwaffenstaat?

Im April 2021, während des Aufmarsches russischer Truppen, erklärte die Ukraine sich Atomwaffen beschaffen zu wollen, falls das Land nicht in die NATO aufgenommen werde. Danach ist es wieder still geworden, die NATO war nicht angetan, aber so etwas ist ein Alarmsignal. Die Ukraine hatte neben Kasachstan und Belarus während des Kalten Kriegs sowjetische Atomwaffen gelagert. 1993 unterzeichnete das Land den Nichtverbreitungsvertrag und gab bis 1996 die Waffen an Russland zurück, so wie auch die beiden anderen Länder.

EIN ERFOLG DER WIENER GESPRÄCHE ÜBER DAS IRANISCHE NUKLEARWAFFENPROGRAMM IST GREIFBAR

HEINZ GÄRTNER

Unter Vorsitz der EU begannen am 7. April 2021 in Wien technische Gespräche über die Umsetzung des Nuklearwaffenabkommens mit dem Iran (JCPOA Joint Comprehensive Plan of Action) im Rahmen der „Gemeinsamen Kommission“. Alle Beteiligten haben die Dringlichkeit erkannt. Der Iran entwickelt immer mehr Nuklearwaffenfähigkeit. Die iranischen Wahlen stehen bevor. Der Iran unterzeichnete ein umfassendes Abkommen mit China, wodurch dem Westen wirtschaftliche und politische Einflussmöglichkeiten verloren gehen würden. Der Iran wollte nur indirekt mit den USA sprechen, weil die USA nach ihrem Ausstieg aus dem JCPOA im Jahr 2018 ja nicht Mitglied der „Gemeinsamen Kommission“ sind.

Die „Gemeinsame Kommission“ soll einen Kompromiss zwischen den beiden Maximalpositionen finden. Die USA müssten ihre Haltung aufgeben, dass der Iran zuerst alle Verpflichtungen des JCPOA erfüllen müsste, bevor die Sanktionen aufgehoben werden. Der Iran wiederum müsste darauf verzichten, dass alle Sanktionen aufgehoben werden, bevor er seine Verpflichtungen wieder wahrnimmt.

Es gab eine Reihe von Zwischenfällen, die offensichtlich die Wiener Gespräche im April 2021 torpedieren sollten. Ein Anschlag zerstörte das Zentrifugen-System in Irans Nuklearanlage in Natanz. Der Angriff erfolgte einen Tag, nachdem der Iran ankündigte, die Urananreicherung mit neuen Zentrifugen zu beginnen. Mit diesem Anschlag sollten nicht nur die Wiener Verhandlungen gestört werden. Es war auch eine Missachtung der beteiligten Staaten, die an einem Erfolg der Gespräche arbeiten. Der Anschlag war eine Verzweiflungstat, die einen Erfolg der Verhandlungen verhindern sollte. Das wirkliche Ziel war nicht das Nuklearprogramm des Iran sondern die Diplomatie.

Der Iran reagierte auf den Anschlag mit der Bekanntgabe, dass er die Urananreicherung auf sechzig Prozent erfolgreich erhöhte. Er hatte die Wiener Kontrollbehörde IAEA entsprechend der Resolution 2231 von diesem Schritt informiert. Damit wollte der Iran beweisen, dass sein Nuklearprogramm durch

den Anschlag nicht zurückgesetzt wurde. Diese Eskalation der Maßnahmen zeigte, dass nicht Anschläge, sondern nur ein Nuklearabkommen eine iranische Nuklearbombe verhindern könne. Während der Verhandlungen kündigte die EU außerdem an, weitere Sanktionen gegen den Iran zu verhängen. Sie betrafen Vertreter der iranischen Sicherheitsbehörden wegen ihrer Rolle bei der gewaltsamen Niederschlagung der Proteste im November 2019.

Dennoch gelang es, die Wiener Gespräche unabhängig von diesen äußeren Ereignissen weiterzuführen. Der Fahrplan war festgelegt und wurde fortgesetzt. Sowohl der Anschlag von Natanz als auch die Ankündigung des Iran, die Urananreicherung auf sechzig Prozent zu erhöhen und auch die Verhängung neuer Sanktionen über den Iran hätte von den einzelnen beteiligten Staaten aus Vorwand genommen werden können, die Gespräche platzen zu lassen.

Zur Wiederaufnahme der Gespräche in Wien am 15. April 2021, brachte der Iran neben Experten der iranischen Atomenergiebehörde auch Vertreter des Ölministeriums und der Zentralbank mit nach Wien, was auf die Prioritäten des Iran schließen ließ. Damit deutete der Iran eine weitere Möglichkeit an, nämlich dass es nicht einen starren Schritt für Schritt-Mechanismus geben soll, sondern eine Prioritätenliste. Für den Iran sind der gesicherte Ölverkauf und der Zugang zum Finanzsystem SWIFT oberste Priorität.

Es geht auch darum zu klären, wann die einzelnen Fristen zur Beschränkung der Nuklearaktivitäten des Iran neu zu laufen beginnen. Die Präferenzen des Iran dürften bei 2017 liegen, bevor die USA das Abkommen verließen und weitere schwere Sanktionen über den Iran verhängt wurden. Die Präferenzen der USA dürften bei 2015 liegen, wodurch sich die Laufzeiten der Beschränkungen verlängern würden.

Ein Scheitern der Wiener Verhandlungen würde weitreichende Konsequenzen haben. Der Iran würde sein Nuklearprogramm weiter ausbauen, ohne direkt eine Nuklearwaffe zu bauen. Das würde reichen,

IRAN-ABKOMMEN

dass Israel weiter die Nuklearanlagen und andere Ziele angreifen und versuchen wird, die USA hinein-zuziehen. Der Iran würde die Inspektionen der IAEA weiter einschränken und möglicherweise drohen, den Atomwaffensperrvertrag zu verlassen. Saudi Arabien würde sein unkontrolliertes bereits weit vorangeschrittenes Nuklearprogramm ausbauen und vielleicht eine Nuklearbombe von Pakistan kaufen.

Quelle:

<https://www.iipvienna.com/new-blog/2021/4/21>

Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner ist Lektor an der Universität Wien und an der Donauuniversität Krems. Er ist Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates des International Institute for Peace in Wien (IIP).

Aktuelle Ergänzungen der Redaktion:

Der kürzlich abgesagte Besuch des iranischen Außenministers Mohammed Javad Zarif in Wien wegen der problematischen Beflaggung des Außenministerium mit der israelischen Fahne hat zu keiner Unterbrechung der Wiener Verhandlungen geführt.

Die Wiener Zeitung vom 21. Mai 2021 zitiert den iranischen Präsidenten Hassan Rouhani, wonach die Wiener Verhandlungen kurz vor der Einigung stünden. Es sei fast alles unter Dach und Fach, nur einige wenige Details müssten noch diskutiert und ausgeräumt werden, sagte Rouhani. Schon am Pfingstwochenende wären die aktuell eingeschränkten Kontrollen der IAEA ausgelaufen. Der Iran hätte dann die Überwachungsbänder gelöscht. Wie IAEA-Generaldirektor Rafael Grossi mitteilte, konnte das Abkommen bis 24. Juni 2021 verlängert werden und läuft wenigstens eingeschränkt so wie vorher weiter. Die Frage der Sanktionen, der Öllexporte und der Finanzblockaden seien bereits geregelt. Auch ein wieder erweiternder Zugang der Atomenergiebehörde zu iranischen Anlagen soll bevorstehen. Ungeklärt ist wann die von den USA geforderte Themenerweiterung Stichwort Raketenprogramm und Terrorunterstützung des Iran Berücksichtigung findet. Die Signatarstaaten des JCPOA sind Russland, Frankreich, Großbritannien, Deutschland und China. Die EU tritt als Mittler zwischen dem Iran und den USA auf.

MELDUNGEN

Atomwaffenproteste in Büchel

2021 finden wieder zahlreiche Protestveranstaltungen beim US-Atomwaffenstützpunkt im deutschen Büchel statt. Eine große Anzahl von Personen und Gruppen werden zwischen Mai und November 2021 vor Ort ihren Protest ausdrücken. Es sind Demonstrationen, Mahnwache, Besetzungen oder Blockaden geplant, z.B. 15.6. Naturfreunde Tag, 3.7. kirchlicher Aktionstag, 6.-11.7. IPPNW/ICAN-Woche oder 5.9. Menschenkette. Es beteiligen sich Friedens-, Umwelt-, Senioren-, Jugend-, Juristen- und Ärzteguppen, sowie kirchliche Organisationen und die Bürgermeister für den Frieden u.v.m. Ziel ist nicht nur den Abzug der Atomwaffen sondern auch die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags durch Deutschland zu erreichen.

www.buechel-atombombenfrei.de



Investitionen in die Nukleare Teilhabe

Wie die deutsche Sektion der IPPNW berichtet, beginnen auf dem AW-Stützpunkt Büchel (Eifel) 2022 – 2026 Bauarbeiten an den Start- und Landebahnen. Die 260 Mio. Euro teuren Maßnahmen gelten als Vorbereitung für die Stationierung der neuen US – Atomwaffengeneration, die ab 2022 angeliefert werden soll. Die Bundeswehr plant den Kauf von 45 F-18 Kampffjets um ca. 7,5 Mrd. Euro in den USA, die zum Teil als AW-Träger fungieren sollen. Ob die alten AW vorübergehend nach Nörvenich verlegt werden oder in die USA zurücktransportiert werden, blieb noch offen. IPPNW kritisiert diese Rüstungskosten, die zu Budgetüberschreitungen in Pandemiezeiten führen.

TERMINE

TERMINAVISO

geplante Veranstaltungen zum **Hiroshima und Nagasaki Gedenken** (unter Vorgabe aktueller Corona-Regeln)

6. August 2021 ab 18 Uhr, Stephansplatz/Stock im Eisen-Platz, 1010 Wien

9. August 2021 ab 20 Uhr, Buddhistische Friedenspagode, 1020 Wien

7. August 2021 10 – 13 Uhr, Fußgängerzone Melk

NELSON MANDELA – TAG WIEN 2021

unter dem Motto: **Nelson Madela und Bischof Desmond Tutu** (90. Geburtstag)

Sonntag 18. Juli 2021 Kulturwanderung (14.45 Uhr) ab 15 Uhr U-Bahn-Station U2 Aspern Nord, Ausgang Nelson Mandela-Platz. Weitere Stationen und Programm siehe www.sadocc.at

Rahmenprogramm:

VHS Donaustadt Außenstelle Seestadt, Janis Joplin-Promenade 18, 1220 Wien

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein Österreichischer Friedensrat. ZVR-Zahl 480457902
alle: 1060 Wien, Webgasse 37/3/5/42
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Heinz Gärtner, Thomas Roithner, Manfred Sauer
Layout: Lucia Hämmerle
Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein Österreichischer Friedensrat.
Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.
Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

**Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900**

* **Fotoausstellung Nelson Mandela und sein Südafrika** ab Juni 2021, Mo.-Fr. 8-16 Uhr.

* **Workshop „Urbane Imaginationen“** mit Künstler Marcus Neustetter, 23./24.6.2021, 18.30 Uhr. Teil 1 „Was ist ein Denkmal“ und Teil 2 „Denkmäler gestalten“.

* **Politischer Reisebericht über Südafrika** mit Walter Sauer und Ernst Wallner, 13.7.2021, 18.30 Uhr.

Yella Yella Nachbar innentreff, Maria Tusch-Straße 2/1/5, 1220 Wien

* **Kulinarischer Abend mit Vortrag (Mandela-Tutu)**, südafrikanische Musik und Speisen, 18.6.2021, 18.30 Uhr.

* **Black Lives Matter, Strategien und Perspektiven einer Bewegung** mit Mireille Ngosso, 20.7.2021, 19.30 Uhr.

Buchhandlung Seeseiten, Janis Joplin-Promenade 6/5/Top 1, 1220 Wien

* **Lesung:** Doris Lessing Kurzgeschichten, Märchen aus dem südl. Afrika mit Marianne Peternell und Hilde Grammel. 5.7.2021, 18.30 Uhr.

**betrifft frieden Jahresbezug (mind. 4 Ausgaben) Euro 16.--
(ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)**

ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung

**DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG
Mitteilungen an ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien
pax.vienna@chello.at**

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

ÖFR, Webgasse 37/3/5/42, 1060 Wien

Österreichische Post AG

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 2/2021 P.b.b. MZ 20Z041963M

**Unzustellbare Exemplare bitte an:
Österr. Friedensrat, Sauer, 1060 Wien,
Webgasse 37/3/5/42**